18.03.2022

3 Gesetz über die Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/15264

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/16700

Ausschussprotokoll 17/1675 (Anhörung am 09.12.2021)

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

(Der Gesetzentwurf wurde am 07.10.2021 nach der ersten Lesung einstimmig an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen – federführend – sowie an den Hauptausschuss überwiesen.)

Henning Höne (FDP) führt aus, mit dem Gesetzentwurf werde eine erhebliche Regelungslücke bei der Möglichkeit für die Wählerinnen und Wähler geschlossen, sich transparent zu informieren. Dabei gehe es zum einen um die finanzielle Rechenschaftspflicht von kommunalen Wählergruppen insbesondere über Spenden ab einer gewissen Höhe sowie zum anderen um die Veröffentlichungspflicht ihrer Satzung oder ihres Programms.

Dem Land obliege auch die Regelungskompetenz dafür, weil es sich um Fragen des Kommunalwahlrechts handele. Dabei übertrage man das bundesrechtliche Parteiengesetz bewusst nicht eins zu eins auf die kommunalen Wählergruppen, was den Gleichheitsgrundsatz verletzte, weil jenen der organisatorische Hintergrund der Parteien fehle. Der Änderungsantrag greife Anregungen der Sachverständigen auf.

Andreas Becker (SPD) gibt die Kritik der kommunalen Spitzenverbände trotz des Änderungsantrags wieder, die insbesondere die Gesetzgebungskompetenz bezweifelten.

Sven Werner Tritschler (AfD) sieht dringenden gesetzlichen Handlungsbedarf, wenn er auch nicht jedes Detail des Gesetzentwurfs begrüße.

Guido Déus (CDU) widerspricht Andreas Becker, im Rest ihrer Stellungnahme begrüßten die kommunalen Spitzenverbände ausdrücklich den Änderungsantrag.

18.03.2022

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

Landtag Nordrhein-Westfalen

17. Wahlperiode



Ausschussprotokoll APr 17/1765

18.03.2022

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

148. Sitzung (öffentlich)

18. März 2022

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:33 Uhr bis 11:29 Uhr

Vorsitz: Hans-Willi Körfges (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschuss kommt überein, die Tagesordnungspunkte 12 und 13 in seiner nächsten Sitzung zu beraten.

1 Aktuelle Viertelstunde gemäß § 60 GO LT NRW (beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 1])

8

2 Gesetz zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge

14

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD Drucksache 17/4115

Ausschussprotokoll 17/662 (Anhörung am 07.06.2019)

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

18.03.2022

in Verbindung mit:

Umsetzung des KAG-Förderprogramms

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6605

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

3 Gesetz über die Transparenz der Finanzierung kommunaler Wählergruppen und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

17

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/15264

Änderungsantrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 17/16700

Ausschussprotokoll 17/1675 (Anhörung am 09.12.2021)

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion zu.

Sodann empfiehlt der Ausschuss mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den so geänderten Gesetzentwurf anzunehmen.

18.03.2022

4 Dauerwohnen in Wochenend- bzw. Ferienhausgebieten ermöglichen 19

Antrag der Fraktion der AfD Drucksache 17/5357

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.

5 Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit, sichert Rohstoffe und fördert Gute Arbeit in Nordrhein-Westfalen

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/15255

Ausschussprotokoll 17/1685 (Anhörung am 12.01.2022)

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
 - Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

6 Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte

21

20

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/15462

in Verbindung mit:

Initiative zur Stärkung der Sicherheit in öffentlichen Räumen im Rahmen der kommunalen Kriminalprävention

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/15631

Ausschussprotokoll 17/1719 (Anhörung am 03.02.2022)

18.03.2022

Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

Der Ausschuss lehnt den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

7 Landeskinderschutzgesetz NRW und Änderung des Kinderbildungsgesetzes

23

Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/16232 (Neudruck)

Ausschussprotokoll 17/1749 (Anhörung am 10.03.2022)

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Wortbeiträge

Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der SPD-Fraktion, den Gesetzentwurf anzunehmen.

8 Lebenswerte Quartiere in Städten und Gemeinden

24

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/16267

Schriftliche Anhörung des Ausschusses

für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Stellungnahme 17/4953

Stellungnahme 17/4928

Stellungnahme 17/4939

Stellungnahme 17/4949

Stellungnahme 17/4926

Stellungnahme 17/4931

18.03.2022

25

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

- Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der SPD-Fraktion ab.

9 Gesetz zur Einführung digitaler Sitzungen für kommunale Gremien und zur Änderung kommunalrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf

der Landesregierung

Drucksache 17/16295

Schriftliche Anhörung des Ausschusses

für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Stellungnahme 17/4952

Stellungnahme 17/4948

Stellungnahme 17/4918

Stellungnahme 17/4951

Stellungnahme 17/4946

Stellungnahme 17/4838

Stellungnahme 17/4932

Stellungnahme 17/4945

Stellungnahme 17/4877

Stellungnahme 17/4902

Wortbeiträge

10 Kreislaufwirtschaft im Baugewerbe endlich konsequent umsetzen!

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 17/16467

keine Wortbeiträge

Der Ausschuss kommt überein, den Antrag in seiner nächsten Sitzung zu beraten.

11 Coronavirus und die Auswirkungen auf die Kommunen

- mündlicher Bericht der Landesregierung

27

26

18.03.2022

12 Aktueller Sachstand zu den Auswirkungen der Hochwasserkatastrophe auf nordrhein-westfälische Kommunen

28

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6619

in Verbindung mit:

Sachstand der Ausschreibung und Besetzung von Stellen, in verschiedenen Behörden und Ministerien Nordrhein-Westfalens, zwecks Bewältigung der Folgen der Flutkatastrophe vom Juli 2021 (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6457

- wird nicht behandelt

13 Sachstand und Ergebnisse der Heimatförderung in Nordrhein-Westfalen für das Jahr 2021

29

- wird nicht behandelt

14 Großbrand in der Bargmannstraße in Essen (Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 3])

30

Bericht der Landesregierung Vorlage 17/6608

- keine Wortbeiträge

* * *